

Frage 1:

Welche konkreten Maßnahmen werden Sie in den Gremien fordern bzw. umsetzen, um das städtische Defizit abzubauen? Hierbei interessieren uns nicht Verweise auf Ebenen wie Bund und Land, sondern Ihre politischen Vorhaben für die kommenden fünf Jahre.

CDU

Mögliches Einsparpotenzial möglichst optimal auszunutzen. Eine Kürzung von freiwilligen Leistungen, wie z.B. bei der Vereinsförderung, ist aber nicht angedacht. Überprüfung der Einnahmen: Es ist zu prüfen, ob alle Einnahmemöglichkeiten optimal ausgenutzt werden. Die Organisationsstrukturen der Verwaltung sind zu überprüfen und bei Bedarf effizient und zeitgemäß auszurichten. Verwaltungsinterne Abläufe sind zu prüfen und zu optimieren. Synergien, z. B. im Rahmen einer verstärkten interkommunalen Zusammenarbeit und Spezialisierungen an einer Stelle, sind zu nutzen. Überprüfung von Einsparpotentialen im Stellenplan. Sicherstellung der Nachhaltigkeit: Alle Maßnahmen der Kommune müsse vor ihrer Umsetzung einer Prüfung unter den Aspekten der Nachhaltigkeit und des demografischen Wandels bewertet werden. Stärkung der Einnahmeseite: Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um die Einnahmesituation der Stadt nachhaltig zu verbessern, damit auch in Zukunft der derzeitige kulturelle und soziale Standard gehalten werden kann. Ansiedlung von Gewerbe: Die Ansiedlung von Gewerbe (Gewerbesteuer-einnahmen) und damit verbunden die Schaffung.

SPD

Ein massiver Abbau des städtischen Defizits innerhalb der nächsten 5 Jahre wird ohne eine Reform der Gemeindefinanzen nicht möglich sein. Entsprechend der im Haushaltskonsolidierungskonzept bereits dargestellten Maßgaben muss die Ausgabenseite einer laufenden Überprüfung unterzogen werden. Durch die Fortsetzung des energetischen Umbaus müssen Energie und damit auch Kosten gespart werden. Wir werden der Schaffung bzw. Besetzung teurer Personalstellen (z.B. 1. Stadtrat, Geschäftsführer einer eigenständigen Entwicklungsgesellschaft) nicht zustimmen. Auf der Einnahmeseite soll das Gewerbesteueraufkommen durch Ansiedlung mittelständischer Unternehmen möglichst im produzierenden Bereich verstetigt werden.

FDP

a) Die FDP fordert die Ausweitung der interkommunalen Zusammenarbeit mit dem Kreis Bergstraße und den Nachbarstädten und Gemeinden. Ziel: z.B. eine Personalverwaltung, eine EDV-Organisation, eine Vollstreckungsstelle etc.

b) Weiter fordern wir „Investitionen um zu sparen“. Investitionen sind überall dort durchzuführen, wo sich Einsparmöglichkeiten ergeben.

Die Linke

Wirtschaftlich sparsam und Zukunftsorientiert handeln und investieren. Wie Rekommunalisierung, vorbeugende Instandhaltung der Straßen und Gebäude spart langfristig mehr als sie kostet.

Die Starkenburger

Das Defizit der Stadt Heppenheim gehört zu einem der größten Anliegen unserer Wählergemeinschaft. Generell darf die Stadt Heppenheim nicht mehr ausgeben, als sie einnimmt. Das Defizit erhöht sich durch eine höhere Zinslast, die zu reduzieren ist. Wir möchten auf der Ausgabenseite alle möglichen Einsparungen erzielen, um einen ausgeglichenen Haushalt als Grundlage der Haushaltspolitik zu schaffen.

LIZ

Detaillierte Prüfung einzelner Haushaltsansätze und Ausgabenposten auf Einsparmöglichkeiten. Ausarbeitung und Veröffentlichung von Sparvorschlägen. Die Stadt hat umfangreiche Leasing- und Wartungsverträge die nicht nachvollziehbar sind. Vermeidung unnötiger Gutachten, Nutzung von Synergien, Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements, Vermeidung unnötiger Straßensanierungen, Investitionen nur unter Folgekostenbetrachtung ...

GLH

Die GLH wird keine Maßnahmen unterstützen, die das Defizit auf Kosten der Heppenheimer Bürger abbauen.

Frage 2:

Werden durch Sie Forderungen gestellt, die Sätze städtischer Abgaben in den kommenden fünf Jahren zu erhöhen. Werden Sie sich z.B. konkret für eine Absenkung des Gewerbesteuersatzes einsetzen?

CDU

Erhöhungen von städtischen Gebühren und Steuern sind nicht geplant. Aufgrund des erheblich angestiegenen Haushaltsdefizites und der damit verbundenen Verschuldung sind die Rahmenbedingungen für abgabenreduzierende Bestandteile des Haushaltes mittelfristig sehr begrenzt. Eine Senkung der Gewerbesteuersatzes wäre wünschenswert, insbesondere im Vergleich zu den Nachbarkommunen, ist aber abhängig von der unter 1 geschilderten Verbesserung der Einnahmesituation. Eine Reduzierung wäre daher an das Machbare im Haushalt gebunden.

SPD

Wir fordern keine generelle Erhöhung der städtischen Abgaben. Allerdings werden insbesondere Beiträge auch in den nächsten fünf Jahren auf ihre Angemessenheit überprüft werden müssen. Für die Absenkung des Gewerbesteuersatzes sehen wir bei der derzeitigen Haushaltslage keinen Handlungsspielraum.

FDP

Eine Erhöhung der Grundsteuern A und B sowie der Gewerbesteuer lehnt die FDP ab. Für eine deutliche Senkung der Gewerbesteuer sieht die FDP zurzeit keinen Spielraum.

Die Linke

Wir sind grundsätzlich gegen Gebührenerhöhung, einer Absenkung der Gewerbesteuer werden wir nicht zustimmen, wir setzen uns eine einheitliche Gewerbesteuer für alle Gemeinden.

Die Starckenburger

Nur durch einen ausgeglichenen Haushalt und durch Verringerung der Ausgaben kann das Defizit der Stadt Heppenheim behoben werden, nicht durch Erhöhung der Gewerbesteuer.

LIZ

Wir, freischaffend, gewerbetreibend oder angestellt, sind an Steuer-/Abgaben-Entlastung interessiert, insbesondere in Hinblick auf Mittelstand und Familien. Da uns, als derzeit nur auß erparlamentarisch vertretene Gruppierung, bisher der Einblick in aussagekräftige Unterlagen verweigert wurde, dies entgegen der laufenden Beteuerungen unserer Mitbewerber für Bürgerbeteiligung und Informationen, müssen wir unter Finanzierungsvorbehalt antworten Aufgrund des uns bisher bekannten Schuldenstandes gehen wir davon aus, daß der Geldentwertung/ Inflationausgleich bei Abgaben Rechnung getragen werden muss. Soweit sich herausstellt, daß Steuersenkungen realisierbar sind, werden wir diese einfordern. Der gegenüber Nachbargemeinden hohe Gewerbesteuersatz in Heppenheim ist nicht hinnehmbar.

GLH

Eine Absenkung des Gewerbesteuersatzes ist nicht Teil des Programms der GLH.

Frage 3:

Wie soll in Ihren Augen das Verkehrsproblem im Bereich Tiergartenstraße aber auch die Problematik Transitverkehr (Siegfriedstraße, Juhöhe) auf absehbare Zeit gelöst werden? Sehen Sie hierfür einen weiteren Autobahnanschluss in Heppenheim als ein Element einer Lösung?

CDU

Eine Reduzierung der Belastung der Bürger durch Luftverschmutzung, Gestank, Lärm, Staus, fehlende Parkmöglichkeiten und reduzierte Verkehrssicherheit besonders im Bereich der Darmstädter Straße, Lehrstraße, Lorschener Straße, Tiergartenstraße Ludwigstraße und Siegfriedstraße, ist dringend und muss unbedingt weiterverfolgt werden. Ein Gesamtkonzept ist anzustreben, das nicht nur den Ost-Westsondern auch den Nord-Süd-Verkehr berücksichtigt. Ergebnisoffen sind alternative Lösungsmöglichkeiten in Zusammenarbeit mit den Fachbehörden zu überprüfen und zu bewerten. Die CDU tritt für eine technisch, politisch und finanziell realisierbare Lösung im Rahmen eines regionalen und städtischen Gesamtkonzeptes ein, die aus vielen Einzelmaßnahmen und schrittweiser Umsetzung bestehen kann. Die Verkehrsführung in Heppenheim ist durch eine bessere Zusammenarbeit mit den zuständigen Kreis-, Landes- und Bundesbehörden zu optimieren. Die CDU setzt sich weiter für einen zweiten Autobahnanschluss im Süden Heppenheims ein. Dies würde auf regionaler Ebene neue Möglichkeiten eröffnen, den Durchgangsverkehr in Nord-Süd- und Ost-West-Richtung umzulenken und damit die Tiergartenstraße sowie die B3 und B460 in der Innenstadt zu entlasten. In der Trassendiskussion, sind jedoch überregionale Verkehrsuntersuchungen erforderlich, um Entlastungs- und Verlagerungseffekte zu identifizieren. Die Ortsumgehung Mörlenbach / Fürth im Zuge der B 38 a, ist mit einzubeziehen, da sich diese Umgehungsstraße verkehrsentlastend, insbesondere auch auf den Transitverkehr, in Heppenheim auswirken wird.

SPD

Die Forderungen der Stadt bei der Aufstellung des Lärmaktionsplanes müssen - auch wegen der Feinstaubproblematik - konsequent weiter verfolgt werden (u.a. Tempolimit Siegfriedstraße, Beschränkung LKW-Verkehr, Ortsumgehung), hierbei spielt ein weiterer Autobahnanschluss zwischen Heppenheim und Hemsbach aus Sicht der SPD eine wichtige Rolle. Dieser würde auch eine Entlastung für die Tiergartenstraße bringen.

FDP

a) Die FDP setzt sich seit Jahren für einen zweiten Autobahnanschluss „Heppenheim Süd“ ein. Damit wird der Verkehr auf der B460 und der Tiergartenstraße insgesamt deutlich entlastet.

b) Bei allen innerörtlichen Hauptverkehrsstraßen sind alle Möglichkeiten der Lärminderung z.B. durch Flüsterasphalt umzusetzen.

Die Linke

Zu dem Autobahnanschluss Heppenheim Süd gibt es keine Alternative und wir werden diesen weiterverfolgen. Wir sind für die Abtrennung der Wohngebiete durch einen Grünzug und Lärmschutz.

Die Starkenburger

Wir sprechen uns für einen Autobahnanschluss Heppenheim -Süd aus.

LIZ

Kernforderung unserer Wahlbeteiligung ist die Schaffung von Ortsumfahrungen in Nord-Süd- und Ost-Westrichtung zur Entlastung der B3 und B460 (z.B. Maibergtunnel). Hierin enthalten ist die Anschlußstelle-Süd und der Ausbau der Tiergartenstraße. Aufgrund der bestehenden Belastungen ist eine Realisierung wirtschaftlich sinnvoll, finanzierbar und im absehbaren Zeitraum möglich und notwendig, evtl. auch in Abschnitten.

GLH

Die Verkehrsproblematik kann langfristig nur durch eine grundlegende Änderung der Verkehrspolitik gelöst werden. Diese liegt leider nicht in der Kompetenz einer Stadtverordnetenversammlung. Nicht einmal Maßnahmen zur Verringerung der Lärmbelastung an B 3 und B 460. Die GLH unterstützt alle Maßnahmen zur Lärminderung (z.B. Tempo 30 / Nachtfahrverbot für LKW's über 7,5 T) gegenüber dem ASV Bensheim.

Frage 4:

*Wo sehen Sie Perspektiven neue Wohngebiete zu erstellen bzw. bestehende Wohngebiete attraktiver zu gestalten?
Wie sehen Sie in diesem Zusammenhang die Zufahrtsmöglichkeiten für das geplante Wohngebiet Nordstadt II?*

CDU

Grundsätzlich gilt es bestehende Baulücken im innerstädtischen Bereich und den Ortsteilen zu schließen. Ein effizient geführtes Bodenmanagement sowohl für Bau- als auch Gewerbeflächen stellt eine Gesamtübersicht bereit und unterstützt kurzfristige Handlungsmöglichkeiten. Baugebiet „Nordstadt II“: Das Baugebiet „Nordstadt II“ ist planerisch abzuschließen und zu realisieren, um dem künftigen Bedarf an Wohnfläche gerecht zu werden. Erst mit Abschluss der Nordstadt II wird durch eine zweite Zufahrt und die Vollen- dung der Ringstraße aus Rebenstraße und Blütenstraße ein Provisorium beendet und eine wirtschaftliche Basis für kleine Geschäfte geschaffen. Baugebiet „Alte Kaute“: Das Baugebiet „Alte Kaute“ westlich der Bahnlinie zwischen der Bürgermeister-Kunz-Straße und der Gunderslache ist planerisch, unter dem Aspekt einer Überprüfung für eine zukünftige Nutzung nur als reines Baugebiet, abzuschließen und zu realisieren. Kostengünstiges Bauen: Im Rahmen der Erschließung neuer Bauplätze ist es Familien zu ermöglichen, ihr Eigenheim in Eigenhilfe zu errichten. Die Flächen der ehemaligen Gärtnerei der Vitos Klinik, südwestlich der B 3, sind der Wohnbebauung zuzuführen.

SPD

In Heppenheim bieten sich derzeit eine Reihe von Entwicklungsmöglichkeiten für neue Wohngebiete an. Hierbei muss Wert darauf gelegt werden, die Stadt nicht weiter an den Rändern ausufern zu lassen, der Innenentwicklung ist daher der Vorzug zu geben. Solche Entwicklungsmöglichkeiten gibt es derzeit insbesondere bei den Konversionsflächen Widmer und KLN. Auch im Bereich der Vitos Klinik (Psychiatrie) stünden kleinere Flächen zur Verfügung. Hinzu kommen die Baugebiete Alte Kaute und Nordstadt II. Die Zufahrt zu allen Neubaugebieten ist bei der Planung ordnungsgemäß zu berücksichtigen.

FDP

- a) Das Baugebiet Nordstadt II soll umgehend „baureif“ hergestellt werden, insbesondere um dort Wohnräume für junge Familien zu schaffen. Die Zufahrt soll über die Rebestraße/Kreisel erfolgen.
- b) Das Schließen von Baulücken und das Abrundung von bestehenden Bebauungsplänen hat für uns eine hohe Priorität.
- c) Reine Wohngebiete sollen Tempo 30 Zone bzw. zur Spielstraße werden.

Die Linke

Wir sind dafür, dass zuerst die ausgewiesenen Wohngebiete gebaut werden und danach die geplanten Gebiete wie Alte Kaute und Nordstadt II nacheinander erschlossen werden. Die Verkehrserschließung muss direkt über die Bundesstraße erfolgen.

Die Starckenburger

Erst wenn gewährleistet ist, dass sich weiteres Gewerbe in Heppenheim ansiedelt, werden neue Wohngebiete benötigt. Um Wohngebiete attraktiver zu gestalten, möchten wir die Anwohner in die Planung durch Befragung mit einbeziehen.

LIZ

In Zusammenhang mit der Realisierung der von uns seit langem emgeforderten Ortsumfahrungen ergeben sich Verbesserungen des Stadtbildes und Wohnumfeldes, damit eine Aufwertung der gesamten Stadt. Baugebiete in den Stadtteilen werden attraktiv und können unter dem Gesichtspunkt der Landschaftsverträglichkeit neu erschlossen werden, z.B. in Kirschhausen/Sonderbach und Mittershausen/Scheuerberg, aber neben dem ohnehin Geplanten auch im Bereich Psychiatrie und Bruchsee. Die derzeitige Insellage der Nordstadt ist zu verbessern. Die bessere Vernetzung der Stadtteile untereinander (Weststadt, Nordstadt etc.) und zur Innenstadt ist von uns angestrebt, u.a. durch Aufwertung von Fuß-/Radweg- und Grünachsen.

GLH

Die GLH sieht über die Erschließung von Nordstadt II keinen Bedarf für die Ausweisung neuer Baugebiete. Erschließungsvorhaben wie die Alte Kaute lehnt die GLH ab, da es sich 1. um ein völlig isoliertes Gebiet handelt, das 2. nur deswegen als Baugebiet ins Auge gefasst wurde, weil die Stadt dort über Grundstücke verfügt.

Frage 5:

Welche Schritte wollen Sie in Sachen Perspektiven für das Gelände des Psychiatrischen Krankenhauses im Süden Heppenheim unternehmen?

CDU

Vorstellbar wäre beispielsweise im Rahmen eines Ideenwettbewerbes Konzepte zu entwickeln. Hierbei sind Eigentümer, Stadt, Kreis und die Bürger einzubeziehen. Nutzungsmöglichkeiten wären z. B. gegeben als Technologiepark, Areal für Mehrgenerationenwohnen und hochwertige Wohnbebauung oder auch als Campus.

SPD

Das städtebaulich sensible Areal kann nur in enger Zusammenarbeit mit dem Eigentümer und den Bürgern einer neuen Nutzung zugeführt werden. Die SPD beschäftigt sich mit der Entwicklung des Areals der Vitos Klinik bereits seit Bekanntwerden der Neubaupläne. Sie wird die gesammelten Ideen dem Eigentümer und den Bürgern vorstellen, um so eine breite Diskussion anzuregen.

FDP

In Kooperation mit den jetzigen Eigentümern sollten schon jetzt mehrere Nutzungskonzepte erarbeitet und dann ein Architektenwettbewerb stattfinden.

Die Linke

Eine Wiedernutzung sollte ohne öffentliche Gelder erfolgen.

Die Starkenburger

Durch eine öffentliche Ausschreibung mit Schwerpunkt an Bauträger, Gewerbe und Bildungseinrichtungen.

LIZ

Die von uns angestrebten Ortsumfahrungen erlauben eine umfassende Neuordnung des Gebietes mit der eine Aufwertung und bessere Anbindung an die Stadt einhergeht. Wir werden die Verwaltung auffordern, Verkaufsbereitschaft des Eigentümers, Verwertungsmöglichkeiten Gebäudezustand und Umbaumöglichkeiten zu eruieren, um darauf aufbauend unsere eigenen (teils bereits vorhandenen) Vorschläge einzubringen und mit den Bürgern und Interessenten zu diskutieren.

GLH

Das jetzige Gelände der Vitos GmbH wird noch mindestens 6 Jahre als Krankenhaus vorhanden sein. Die GLH fordert zu gegebener Zeit die Aufnahme von Gesprächen mit dem Eigentümer des Geländes, die frühzeitige Einbeziehung der städtischen Gremien und der Bevölkerung (Bürgerversammlung).

Frage 6:
Welche Zukunftsperspektive sehen Sie für die Heppenheimer Gewerbegebiete und welche Gewerbeansiedlungen unterstützen Sie, welche werden Sie verhindern?

CDU

Eine wichtige Voraussetzung für die positive Entwicklung unserer Stadt ist die Erhaltung und Schaffung von Arbeit vor Ort in Industrie, Handel, Gewerbe und Behörden. Wichtige Faktoren sind die Existenzsicherung ansässiger Unternehmen und die Ansiedlung neuer Unternehmen. Neben dem Gewerbegebiet Tiergartenstraße Süd gilt es zusätzlich die Gewerbegebiete Weiherhausstraße und Gunderslache zu überprüfen und die noch bestehenden Ansiedlungsmöglichkeiten zu nutzen. Der Focus liegt auf der Förderung der lokalen Wirtschaft, wobei die Förderung der Innenstadt und die Erhaltung und Ansiedlung von Unternehmen - vor allem des beschäftigungsintensiven Mittelstands und des produzierenden Gewerbes - Schwerpunkte darstellen. Ziel ist die Stärkung, Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen vor Ort.

SPD

Durch die Ansiedlung der ESM an der Tiergartenstraße erhoffen wir uns einen Sog für Zulieferer und ergänzende Unternehmen insbesondere auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien. Sollte hierzu die Stadtverordneterversammlung unterstützende Entscheidungen treffen müssen werden wir dies tun. Gewerbeflächen werden insbesondere durch das Gewerbegebiet Süd entstehen. Einem "Sprung über die Autobahn" werden wir nicht zustimmen.

FDP

- a) Wir fordern eine aktive und vorausschauende Gewerbeansiedlungspolitik.
- b) Ja zu einem Technologiepark und produzierendem Gewerbe; nein zu weiteren Logistikunternehmen.

Die Linke

Bevorzugt zukunftsorientierte Gewerbe sind wünschenswert.

Die Starkenburger

Neuen Gewerbeansiedlungen stehen wir grundsätzlich positiv gegenüber.

LIZ

In Zusammenhang mit der Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur wird das Gewerbegebiet-Süd und das Gebiet um das Kreiskrankenhaus attraktiver. Ebenso ergeben sich zusammen mit Laudenbach Entwicklungsmöglichkeiten unter Beibehaltung der jetzt vorhandenen Grünräume zwischen den Städten. Wir sprechen uns gegen Ansiedlung von Logistik, weiterer Verbrauchermärkte und Einzelhandel im Gewerbegebiet aus, wo wir stattdessen Erweiterungen bestehender und neue arbeitskraftintensive Betriebe, auch Kleingewerbe ansiedeln wollen. Ansiedlung nicht störender Dienstleistungsunternehmen halten wir in Innenstadtnähe für wünschenswert.

GLH

Sofern das Gewerbegebiet Süd erschlossen wird, sollte dies für die nächsten Jahre völlig ausreichen, insbesondere wenn man bestimmtes Gewerbe möglichst ausschließt (Logistik-Unternehmen). Die GLH ist der Auffassung, dass „sauberes“ zukunftsorientiertes produzierendes Gewerbe Vorrang bei der Ansiedlung haben sollte.

Frage 7:

Welche konkreten Schritte werden Sie in den kommenden fünf Jahren unternehmen, um neue Unternehmen in Heppenheim anzusiedeln und wo sehen Sie Erweiterungsflächen für neue Gewerbeansiedlungen?

CDU

Eine aktive Wirtschaftsförderung in Ergänzung zum Kreis und in enger Zusammenarbeit mit dem Kreis ist für uns eine Kernaufgabe erfolgreicher Regionalpolitik. Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsvereinigung: Ein intensiver Meinungsaustausch zwischen Wirtschaftsvereinigung und Politik ist voranzutreiben. Mit der regionalen Wirtschaftsförderung ist eng zusammenzuarbeiten. Vor allem im Bereich der elektronischen Medien müssen neue Werbewege erschlossen werden. Zur effektiven Umsetzung dieser Ziele ist das Stadtmarketing einzubinden. Handwerk und Gewerbe: Die CDU tritt dafür ein, dass vorrangig das örtliche Gewerbe für städtische Dienstleistungen und Auftragsvergaben unter Einhaltung der nationalen und europäischen Vergaberichtlinien berücksichtigt wird. Im Gegensatz zu externen Generalunternehmen zahlen die ortsansässigen Unternehmen hier ihre Steuern und sorgen für Arbeit in unserer Stadt.

Unterstützung von Existenzgründungen: Die Gründung neuer Unternehmen und Unterstützung von Unternehmen bei der Suche nach Nachfolgelösungen sieht die CDU als wesentlichen Teil der Wirtschaftsförderung an. Gewerbegebiete: Neue Gewerbegebiete sind eine Grundvoraussetzung für eine wirtschaftliche Weiterentwicklung und Stärkung der Einnahmeseite. Gewerbegebiet Tiergartenstraße Süd: Die CDU setzt sich dafür ein, dass das Gewerbegebiet Tiergartenstraße Süd endlich rechtskräftig wird und dass dann eine zügige Ansiedlung geeigneter Unternehmen erfolgt. Neue Gewerbeflächen: Die CDU setzt sich darüber hinaus für die Erarbeitung eines Konzeptes für die langfristige Erschließung zusätzlicher Gewerbeflächen ein. „Sprung über die Autobahn“: Ein langfristiges Konzept zur Weiterentwicklung von Heppenheim muss auch den „Sprung über die Autobahn“ mit einer Erschließung und Bebauung der Flächen westlich der Autobahn A5 im Sinne einer nachhaltigen und behutsamen Stadtentwicklung prüfen und bewerten.

SPD

Durch die Ansiedlung der ESM an der Tiergartenstraße erhoffen wir uns einen Sog für Zulieferer und ergänzende Unternehmen insbesondere auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien. Sollte hierzu die Stadtverordnetenversammlung unterstützende Entscheidungen treffen müssen, werden wir dies tun. Gewerbeflächen werden insbesondere durch das Gewerbegebiet Süd entstehen. Einem "Sprung über die Autobahn" werden wir nicht zustimmen.

FDP

- Die FDP will eine professionelle Ansiedlungspolitik und eine aktive Wirtschaftsförderung basierend auf einer ganzheitlichen Marketingstrategie. Stichwort: Cluster.
- Die Ausweisung von Gewerbegebieten westlich der BAB 5 („Sprung über die Autobahn“) lehnt die FDP Heppenheim nicht kategorisch ab.

Die Linke

Zuerst die vollständige Erschließung und Vermarktung der vorhandenen Gebiete.

Die Starkenburger

Neuen Gewerbeansiedlungen stehen wir grundsätzlich positiv gegenüber.

LIZ

Nutzung eigener Kontakte, Kontakte bereits ansässiger Firmen und Herstellung neuer Kontakte zu Verbänden etc., sowie verbesserter Internetauftritt. Dies steht aber in Abhängigkeit der Bürgermeisterwahl. Wir sehen eine Beseitigung der unterschiedlichen Probleme nur mit einem bürgeroffenen, gesprächsbereiten und ideengebenden Bürgermeister, der uns Stadtverordneten die notwendigen Informationen für sachgerechte Entscheidungen zukommen lässt. Dies sehen wir derzeit nur durch Peter Janßen gewährleistet, der als einziger seinen Worten bisher auch Taten und Engagement folgen ließ. Eine Verwertung, auch der ungenutzten im Privatbesitz befindlichen Flächen, kann nur durch gemeinsames Agieren zum Vorteil der Stadt herbeigeführt werden.

GLH

Die Möglichkeiten der Stadtverordneten bezüglich der Ansiedlung von Gewerbe sind begrenzt. Angesichts des unerschlossenen Gewerbegebietes Tiergartenstraße Süd, erübrigt sich die Frage nach neuen Gewerbeflächen für die GLH.

Frage 8:

Wie stehen Sie zu weiteren Einzelhandelsansiedlungen im Bereich der Tiergartenstraße?

CDU

Eine weitere Entwicklung von Einzelhandelsflächen in der Tiergartenstraße, die das Ausbluten der innenstadtrelevanten Fußgängerzone zu Folge hat, ist nicht erstrebenswert.

SPD

Diese Option sollten wir uns im Hinblick auf die Konkurrenz zu den Nachbarkommunen offen halten. Dass den Belangen der Innenstadtentwicklung ausreichend Rechnung zu tragen ist, betonen wir seit langem.

FDP

Weitere Einzelhandelsansiedlungen im Bereich Tiergartenstraße lehnen wir ab.

Die Linke

Wir sehen es nicht als politische Aufgabe hier steuernd einzugreifen

Die Starkenburger

Statt weitere Einzelhandelsansiedlungen in der Tiergartenstr. zu fördern, möchten wir die Innenstadt beleben.

LIZ

Weiterer Einzelhandel ist im Bereich Tiergartenstraße zu vermeiden. Auf Grundlage eines Gesamtkonzeptes ist dort ansässiger Handel in die Innenstadt zurückzuholen.

GLH

Die GLH ist gegen eine weitere Ansiedlung von Einzelhandelsbetrieben in der Tiergartenstraße.

Frage 9:

Welche Schritte wollen Sie unternehmen, die Bewohner und Geschäftsleute der Innenstadt mehr in die Planungen und Realisierungen im Stadtzentrum einzubinden und sehen Sie Möglichkeiten, ehrenamtliche Aktivitäten in der Innenstadt städtischerseits zu unterstützen und ist eine finanzielle Beteiligung ähnlich der in (z.B. Bensheim ca. 70.000 EUR p.a.) aus Ihrer Sicht möglich?

CDU

Für die Zukunft ist es wichtig, die Innenstadt lebendig zu erhalten und noch attraktiver zu machen. Das schließt auch eine Stärkung des Wohnens in der Nachbarschaft von Fußgängerzone und Parkhof und Erhaltung und Ergänzung eines guten Geschäfts- und Gastronomieangebotes ein. Eigentümer, Gewerbetreibende, Dienstleister, Freiberufler, Stadtverwaltung, Vereine und Verbände sind bei ihren Bemühungen zum Erhalt unserer einmalig schönen und historisch wertvollen Alt- und Innenstadt zu unterstützen. Eine intensive Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaftsvereinigung und dem Stadtmarketing sowie Transparenz und Informationsfluss werden diese Prozesse begünstigend gestalten.

SPD

Mit den bisherigen Aktivitäten, wie Zukunftswerkstatt, Aktive Kernbereiche und Stadtbau Hessen ist die Stadt auf einem guten Weg der Bürgerbeteiligung, der fortgesetzt werden soll. Der neu eingesetzte Citymanager konnte bei seinen Gesprächen mit den Geschäftsleuten über eine sehr gute Akzeptanz berichten. Zu überlegen ist, ob im Vorfeld entsprechender Veranstaltungen stärker für diese geworben wird, um die Bewohner und Geschäftsleute zu einer zahlreichen Teilnahme zu animieren. Soweit es die Haushaltslage gestattet, sollten auch ehrenamtliche Tätigkeiten weiter unterstützt werden, ein genereller jährlicher Ansatz von 70.000 € entspricht der Haushaltslage nach Auffassung der SPD nicht.

FDP

a) Wir setzen uns dafür ein, dass in enger Zusammenarbeit mit den Eigentümern und Geschäftsinhabern die Ergebnisse der gemeinsam entwickelten Maßnahmen aus dem Bündnis „aktiver Kernbereich“ konsequent und zeitnah umgesetzt werden.

b) Die Stadt muss die Rahmenbedingungen (siehe Sanierungssatzung) aus dem „aktiven Kernbereich“ und die Anregungen aus dem „integrierten Handlungskonzept“ für die Innenstadt erfüllen.

c) Die Fußgängerzonen und der nördliche Parkhof müssen zum Erlebniskauf anregen und Verweilen einladen. Auch das Wohnen muss attraktiv werden.

Die Linke

Die Einbindung der Bewohner und Anlieger soll durch offenen Zugang zu allen Informationen ermöglicht werden und dadurch an der Planung und Entscheidung beteiligt werden. Die derzeitigen Förderungen durch die Stadt sind hinreichend.

Die Starkenburger

Auszug aus dem Wahlprogramm: "Näher am Bürger durch neue Ortsbeiräte" - Wer vor Ort wohnt, kennt sich besser aus. Daher fordern wir Ortsbeiräte für die Heppheimer Kernstadt, da die örtlichen Probleme nicht ausreichend ernst genommen werden.

LIZ

Bürgerbeteiligung entsteht nur, wenn frühzeitig umfassende Informationen fließen. Dafür wollen wir sorgen. Durch Transparenz und Kommunikation muß zukünftig unterbunden werden, daß, wie bisher, stadtbildabträgliche Investitionen getätigt werden. Steuergelder müssen zunächst für grundsätzliche Verbesserungen der Infrastruktur und des Umfeldes aufgewendet werden. Erst auf Grundlage einer tragfähigen Perspektive macht ein Engagement wie in Bensheim oder derzeit mit dem Citymanager einen Sinn.

GLH

In der Vergangenheit sind zahlreiche Maßnahmen getroffen worden, um die Bewohner und Geschäftsleute in die Planungen einzubeziehen. Dies trifft auch auf Förderprogramme zu. Eine darüber hinausgehende Unterstützung erscheint der GLH nicht möglich.

Frage 10:

Wie ist Ihr Standpunkt zu einer im Raum stehenden Parkhofbebauung (Parkhaus/Lebensmittelmarkt) oder sehen Sie Möglichkeiten, die Parkhoffläche zu erhalten und einen Lebensmittelmarkt eher im Randbereich des Platzes anzusiedeln?

CDU

Es muss darauf hingearbeitet werden, einen neuen Vollsortimenter im Innenstadtbereich anzusiedeln, um die Grundversorgung, vor allem älterer Mitbürger, zu sichern. Der Parkhof ist besser zu nutzen, aus städtebaulicher Sicht optisch aufzuwerten und positiv in das Geschäftsumfeld einzubinden. Dies sollte im Rahmen eines Gesamtkonzepts und im Einvernehmen mit den Bürgern und den Eigentümern geschehen. Die Ansiedlung eines Lebensmittelmarktes wird nicht zwingend am Parkhof gesehen, falls doch im Bereich des Parkhofes, dann an der Peripherie.

SPD

Im Vordergrund steht für die SPD die Ansiedlung eines Vollsortimenters für die Innenstadt. Wenn dies ohne die Inanspruchnahme des südlichen Parkhofes möglich ist, kann sich die SPD auch eine andere Nutzung als die derzeitige Parkplatzfläche vorstellen. Wichtig ist für uns die optische Aufwertung des Zugangs zur Innenstadt im nördlichen Bereich des Parkhofes.

FDP

- a) Die FDP fordert, dass der Parkhof mit allen angrenzenden Gebäuden architektonisch ganzheitlich zu beplanen ist.
- b) Die FDP Heppenheim fordert weiter, dass ein Lebensmittelmarkt vorzugsweise am Rande des Parkhofes angesiedelt wird.
- c) Auf dem Parkhof sollen in Erweiterung der ebenerdigen Parkplätze architektonisch attraktive Parkdecks entstehen, um die Parkplatzsituation in der Innenstadt zu entspannen.

Die Linke

Das Thema Lebensmittelmarkt am Parkhof ist ein strukturelles Problem, da die Parkplatzsituation nicht gelöst ist.

Die Starckenburger

Wir möchten die Fußgängerzone durch einen Lebensmittelmarkt bereichern und den Parkhof zum jetzigen Zeitpunkt unverändert beibehalten. Wir befürworten ein Parkleitsystem in Anbindung aller Heppenheimer Großparkplätze und die Verlängerung der kostenlosen Parkzeiten.

LIZ

Wir setzen uns seit langem dafür ein, daß der Parkhof weitestgehend als Freifläche bestehen bleibt und verschönert wird. Die Randbebauung ist evtl. unter Teilbebauung des Parkhofes zu schließen. Ein Lebensmittelmarkt macht nur Sinn, soweit Angebotserweiterungen vom ortsansässigen Handel abgelehnt wird, dieser in eine Gesamtkonzeption eingebunden ist und im Randbereich des Parkhofes oder anderen Immobilien realisiert wird. Die von der Stadt zur Zeit verfolgte Lösung halten wir für innenstadtschädlich.

GLH

Die GLH unterstützt die Ansiedlung eines Lebensmittelmarktes auf dem Parkhof.

Frage 11:

Wie stehen Sie zu Ideen, den Graben zu einer Grünfläche umzugestalten?

CDU

Grundsätzlich werden Überlegungen für eine Umgestaltung des Grabens unterstützt, mit einer Neuordnung des Querschnittes unter Einbezug von Verkehrs- und Parkflächen sowie zusätzlichen Grün – und Gehölzflächen. In einem Gesamtkonzept sind die Verkehrsführung und die Zufahrtsmöglichkeiten zum Graben neu zu ordnen. Das Konzept soll zur besseren Verbindung des Einkaufsbereiches mit der Altstadt beitragen und auch geeigneten Ersatz nicht nur auf dem Parkhof für die wegfallenden Parkplätze am Graben beinhalten. Die Belange der Anlieger und der Wirtschaftsvereinigung sind zu berücksichtigen, ebenso die Frage einer soliden Finanzierung in Anbetracht der angespannten Haushaltssituation.

SPD

Die Aufwertung des Grabens und seine Einbeziehung in die verkehrsberuhigte Zone ist eine alte Forderung der SPD. Die Planungsansätze im Rahmen des Stadumbaues West werden von uns daher unterstützt. Sobald die Parkplatzproblematik gelöst ist, muss mit der Realisierung der Maßnahmen begonnen werden. Bei der Planung müssen auch Überlegungen mit einfließen, wie man beliebte städtische Veranstaltungen, wie z.B. die Stadtkerwe, weiterhin dort stattfinden lassen kann.

FDP

Dernördliche Grabensoll zu einem Stadtpark umgewandelt werden, wobei für den Anliegerverkehr und Busse eine Fahrbahn freigehalten werden soll.

Die Linke

Eine Umgestaltung des Grabens überflüssig und von geringster Priorität.

Die Starkenburger

Wir sehen die Baumbepflanzungen im Bereich Graben zum jetzigen Zeitpunkt für ausreichend. Als Alternative schlagen wir eine Begrünung des Innenhofes vor dem Bürgerbüro vor.

LIZ

Der Graben ist z.Zt. eine multifunktionale begrünte Fläche und wurde erst in den späten 80iger Jahren hergestellt. Er ist für Feste u.a. nutzbar und sollte nicht durch zu kurz gedachte Einfälle zerstört werden. Wir werden, soweit die politischen Voraussetzungen vorliegen, umfangreiche Vorschläge innerhalb einer Gesamtkonzeption unterbreiten und zusammen mit den Bürgern diskutieren.

GLH

Grundsätzlich ist die GLH für eine Einbeziehung des nördlichen Teils des Grabens in die Fußgängerzone. Diese sollte aber behutsam geschehen. So wäre als erster Schritt eine Veränderung des Verkehrsflusses denkbar. Die östliche Seite könnte gesperrt werden, der Verkehr über die westliche Seite geleitet werden.

Frage 12:

Welche Schritte werden Sie bzgl. der Problematik der sog. Metzendorf-Immobilie unternehmen?

CDU

Mit dem Eigentümer ist schnellstmöglich die Sachlage zu erörtern und nach Möglichkeiten zu suchen eine innenstadtbelebende Lösung herbeizuführen. Hier gilt es zu moderieren und zu vermitteln. Auf der Basis einer vertrauensvollen Zusammenarbeit sind aus den Fehlern der Vergangenheit die entsprechenden Rückschlüsse zu ziehen und im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben ist den Eigentümern entsprechende Hilfestellung und Unterstützung anzubieten.

SPD

Die SPD erhofft sich insbesondere von den vertraulich geführten Gesprächen des Citymanagers mit den Eigentümern neue Impulse, dieses Problem in absehbarer Zeit einer Lösung zuzuführen. Im Übrigen unterstützen wir die im Rahmen des Förderprogramms "Aktive Kernbereiche" angeregten Maßnahmen.

FDP

Durch intensive, Zielführende Gespräche ist zu erreichen, dass das leerstehende Gebäude der Gebr. Weis in der Friedrichstraße schnellstmöglich einer sinnvollen, ergänzenden Nutzung für die Fußgängerzone zugeführt wird.

Die Linke

Das Einzige sind Gespräche und auf Einsicht hoffen.

Die Starkenburger

Wir überprüfen die Ansiedlung eines Kaufhauses / Lebensmittelmarktes in der Metzendorf-Immobilie.

LIZ

Im Rahmen einer Gesamtkonzeption, die Investitionen wirtschaftlich machen, wird der Verwaltung ermöglicht, zusammen mit den Eigentümern eine Lösung herbeizuführen.

GLH

Da die Stadtverordnetenversammlung nicht der Verhandlungspartner sein kann – das ist ausschließlich der Magistrat bzw. der Bürgermeister – gibt es wenig Möglichkeiten hier „Schritte“ zu unternehmen. Schritte unternehmen müssten auf jeden Fall die Besitzer des Gebäudes, wobei es für GLH es als ausgeschlossen erscheint, diese Schritte durch finanzielle Anreize zu fördern. Jahrelanger Leerstand darf nicht auch noch finanziell belohnt werden.